



Niederschrift

20. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.12.2009
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	21.42 21:42 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Kutzmutz, Rolf	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	
Herr Kümmel, Harald	SPD	bis 21.20 Uhr
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	bis 20.00 Uhr
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen	ab 20:00 Uhr
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	bis 20.00 Uhr
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei	
Herr Dr. Jacob, Timo	DIE LINKE	
Herr Kühnemann, Dirk	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Pfrogner, Steffen	DIE LINKE	
Herr Potthast, Norbert	SPD	
Herr Schütt, Wolfgang	CDU/ANW	
Frau Wendeler, Alexandra	FDP/Familienpartei	
Herr Klipp, Matthias	Beigeordneter	

Nicht anwesend sind:

Frau Tack, Anita	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Seidel, Stephanie	Behindertenbeirat	entschuldigt
Herr Wiggert, Rudi	SPD	entschuldigt

Gäste:

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung)
Herr Wolfram (Stadtentwicklung)
Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege)
Herr Lehmann (Stadterneuerung)
Frau Woiwode (Straßenplanung und Entwurf)
Frau Jantzen (Stadterneuerung und Denkmalpflege)
Herr Dr. Emenlauer (PRO Stadt)
Herr Maschmeier (KIS)
Frau Waskowski (Behindertenverband)
Herr Hoffmann (Sachverständiger)

Niederschrift: Viola Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.09/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 B-Plan Havelufer San P 13 (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0058
Fraktion Bündnis90/Die Grünen, FDP/Familienpartei
 - 3.2 Überarbeitung des B-Planes SAN 13 an der Wasserseite (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0724
Fraktion FDP/Familien-Partei
 - 3.3 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0549
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
Rücküberweisung
 - 3.4 Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße/Am Silbergraben" Beschluss zur Aufstellung
Vorlage: 09/SVV/1069
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 3.5 Baustandards (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0680
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch überwiesen Werksausschuss KIS
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
 - 4.1 2. Berichterstattung zum Prüfauftrag "Neue Wohn- und Gewerbegebiete" gemäß Beschluss 08/SVV/0134
FB Stadtplanung und Bauordnung
 - 4.2 BE zum Prüfergebnis Änderung des B-Planes Nr. 64 "Garde-Ulanen-Kaserne" gem. Beschluss STVV 09/SVV/0291
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 4.3 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg
hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale
gemäß Beschluss: 09/SVV/0992

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 4.4 BE zum behindertengerechten Ausbau der Jägerstraße (gem. Beschluss 09/SVV/0587)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 4.5 BE zur Umsetzung des Beschlusses Schulwegsicherung am Horstweg (gem. Beschluss 09/SVV/0924)
FB Grün- und Verkehrsflächen
 - 4.6 Wiederherstellung der Potsdamer Mitte - Information
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
 - 4.7 Vorstellungs der Abstimmungsergebnisse zum Funktionsgebäude Weiße Flotte gem. Beschluss STVV 09/SVV/0744 (vertagt am 24.11.09)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

- 4.8 Verkehrsverhältnisse Brauhausberg und Leipziger Straße - 3. Berichterstattung gemäß Beschluss STVV 09/SVV/0921 (vertagt am 24.11.09)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.9 BE Radwegführung am Neuen Garten (vor dem Mittelabschnitt des "Treffpunkt Freizeit") (vertagt vom 24.11.09)
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4.10 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 29.10.09 bis 11.11.09 sowie vom 12.11.09 bis 02.12.2009
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Sonstiges
- Neu Bildung einer Arbeitsgruppe - Erhalt Natursteinpflasterflächen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 24.11.09/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Die Tagesordnung sowie Niederschrift ist den Ausschussmitgliedern zugegangen.

Zur Niederschrift vom 24.11.2009 liegt die Bitte der Fraktion Bündnis90/Die Grünen auf umfangreiche Ergänzungen vor.

Diese betreffen den TOP 4.1 Konjunkturprogramm II und lauten:

S. 12, Abs. 7, Zeile 3 nach ... hin. Sie weist ebenfalls auf die hohe Bedeutung der Satzung hin und darauf, dass sie anzuwenden ist.

S. 12, Abs. 8, Zeile 4 nach zu erhalten Sie habe von den Mitarbeitern des Bereiches Straßen- und Verkehrsflächen keine Antwort erhalten.

S. 12, Abs. 9, Ziele 2 nach: ... Verlust der Straßen im Bild und in der Materialität.

S. 13, Abs. 9, Zeile 4 nach ... nehmen. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Richtlinie für die Rutschfestigkeit nicht für Natursteinpflaster gilt.

S. 13, nach Abs. 9: Frau Hüneke zitiert aus dem Beschluss zum Erhalt der Natursteinpflasterstraßen und stellt klar, dass das Wort „weitgehend“ kein Freibrief für die Verwaltung sei, den Beschluss zu ignorieren. Frau Hüneke, Herr Kühnemann und Frau Wendeler zitieren die folgenden relevanten Textstellen aus der Denkmalsbereichssatzung vom 4.5.2005:

„§ 2

... sind geschützt ... die umfänglich erhaltene Substanz der baulichen Anlagen, soweit sie das Erscheinungsbild der Vorstadt trägt, insbesondere

1. die Straßen und Platzräume (1) Die Straßen und Platzräume sind geprägt durch: - das überkommene Straßennetz, die Ausmaße der Fahrbahnen, der Gehwege, der Grünstreifen und der sich daraus ergebenden Hierar-

chisierung der Verkehrsadern ... die Straßen, - Gehweg – und schmuckpflasterung und Möblierung – den Baumbestand ... – die ... den Charakter der meisten Straßenzüge prägenden Vorgärten, ihrer Pflasterung, Bepflanzung und Einfriedung.“

Herr Klipp macht aufmerksam, dass auch seine Äußerungen nicht wörtlich wieder gegeben worden sind und macht deutlich, dass es sich nicht um ein Wortprotokoll handelt. Es habe in der Sitzung unterschiedliche Meinungen gegeben; diese sind entsprechend wiedergegeben worden.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Ergänzungen dem Protokoll beizufügen.

Der SB-Ausschuss bestätigt das Protokoll der Sitzung vom 24.11.2009, einschl. der v.g. Ergänzungen, mit 6/0/1.

Zur Tagesordnung gibt es die Bitte der Verwaltung den TOP 4.6 BE Wiederherstellung Potsdamer Mitte vorzuziehen und vor 3.1 zu behandeln. Hierzu erfolgt Zustimmung seitens der Ausschussmitglieder.

Weiterhin bittet die Verwaltung den TOP 4.4 BE zum behindertengerechten Ausbau der Jägerstr. auf die Sitzung am 12.01.10 zu vertagen, da noch abschließende Abstimmungen vorgenommen werden müssen.

Zu diesem TOP gibt es den Antrag auf Rederecht von Frau Waskowski (Behindertenverband).

Herr Dr. Seidel bittet um Auskunft, weshalb eine Vertagung erfolgen soll und schlägt vor, dass die Verwaltung das berichtet, was es zu berichten gibt.

Herr Cornelius bittet im Protokoll festzuhalten, dass eine Vertagung nicht die Verzögerung des Baubeginns zur Folge haben dürfte.

Herr Menzel äußert als Vertreter die Bitte, den TOP erst nach Eintreffen von Frau Hüneke (gegen 20.00 Uhr) aufzurufen.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass der TOP auf der TO bleibt; die Verwaltung zum aktuellen Stand berichtet und Frau Waskowski das Rederecht gewährt wird.

Die Ausschussmitglieder geben Zustimmung.

Weiterhin informiert der Ausschussvorsitzende, dass die Fraktion B90/Grüne um die Neuaufnahme eines TOP's Bildung AG Natursteinpflasterflächen am Ende der heutigen Sitzung gebeten hat.

Zum TOP 3.5 – Antrag Baustandards – beantragt die Fraktion B90/Grüne Rederecht für den Sachverständigen, Herrn Hoffmann, und bittet diesem TOP erst nach 19.00 Uhr aufzurufen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der so veränderten TO, einschl. der Gewährung der Rederechte, einstimmig zu.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.6 Wiederherstellung der Potsdamer Mitte - Information
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Klipp erinnert an seine Zusage regelmäßig den SB-Ausschuss zur Thematik Wiederherstellung der historischen Mitte informieren zu wollen.

In diesem Sinne informiert Frau Jantzen (Stadterneuerung und Denkmalpflege) zur Projektonstruktion (sh. Darstellungen Folien Projektonstruktion und Projekt integriertes Leitbautenkonzept – Anlagen zum Protokoll) und Herr Dr. Emenlauer (GF PRO Stadt) geht erläuternd anhand einer Folie auf die Chancen und Risiken eines vorlaufenden zweistufigen Architektenwettbewerbes nach RPW 2008 § 3 Abs. 1 und 3 gem. Beschluss STVV (auch diese Folie wird dem Protokoll als Anlage beigefügt) ein. Auf einer zweiten Folie wird der Vergleich der Alternativen hinsichtlich des Umgangs mit den Risiken dargestellt (sh. Anlage).

Herr Dr. Seidel macht aufmerksam, dass es einen Beschluss der STVV bereits gibt. Wenn es Probleme gibt, dann müsste die Verwaltung aktiv werden und eine Änderung des STVV-Beschlusses einbringen.

Herr Klipp betont, dass Intention dieses TOP's sei, regelmäßig über den Fortgang zu berichten und auch auf Probleme aufmerksam zu machen. Es werde nicht beabsichtigt, die Risiken vorzuenthalten. Die entsprechenden Folien werden dem Protokoll beigefügt, um eine Diskussion in den Fraktionen zu ermöglichen. Es gebe jetzt zwei Möglichkeiten: Den weiteren Fortgang entweder im Rahmen der politischen Willensbildung aktiv zu betreiben oder durch Einbringung eines Verwaltungsvorschlages. Anliegen sei es, die Stadtverordneten entsprechend vorzuinformieren und genau zu prüfen, wie der Intention der STVV am besten gefolgt werden könne.

Die Verwaltung habe 4 Vorschläge/Alternativen vorgestellt; jetzt müsse man sehen, welchen Weg man nehmen will. Mit diesen Informationen bestehe die Möglichkeit zur Diskussion in den Fraktionen vorab und zur politischen Willensbildung zur Vorlage im Januar 2010.

Herr Teuteberg greift die Anregung gern auf und bittet auch um die Darstellung der Chancen.

Der Ausschussvorsitzende hält abschließend fest, dass die Verwaltung ihren präferierten Vorschlag einbringen solle.

Frau Jantzen geht auf einzelne Nachfragen ein. So informiert sie, dass der Bebauungsplan Bestand habe. Es sei vorgesehen parallel den Auslegungsbeschluss des B-Planes und das Gesamtkonzept (sh. Folie 1) als Satzungen zu beschließen, die als Grundlagen für weiteres Handeln dienen.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen.

zu 3.1 B-Plan Havelufer San P 13 (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0058

Fraktion Bündnis90/Die Grünen, FDP/Familienpartei

Der Antrag steht zum wiederholten Male auf der TO des Ausschusses.

Herr Klipp teilt mit, dass es einen Aufstellungsbeschluss gibt und es derzeit nicht sinnvoll sei, Prägungen oder Festlegungen vorzunehmen. Der B-Plan soll die Möglichkeit geben zu ggb. Zeit Baugenehmigungen erteilen zu können. Es han-

delt sich hier hauptsächlich um Grundstücke der Stadt Potsdam. Ein einfacher B-Plan ermöglicht es, die Genehmigungsfähigkeit herzustellen. Für die Bauherren, die Grundstück(e) von der Stadt kaufen, können wir (die Stadt) Bedingungen festlegen.

Herr Klipp regt an, diesen Antrag als auch den folgenden (DS 09/SVV/0724) weiterhin zurück zu stellen.

Herr Menzel und Herr Teuteberg stimmen als Antragsteller der Verfahrensweise zu. Die Verwaltung wird gebeten, die Antragsinhalte als Anregung aufzunehmen. Eine erneute Wiedervorlage im SB-Ausschuss sollte zu dem Zeitpunkt, wo das Leitbautenkonzept beschlossen wird, erfolgen.

Herr Jäkel bittet dazu festzuhalten, dass die Wiedervorlage der Anträge 09/SVV/0058 sowie 09/SVV/0724 im SB-Ausschuss nach gegenseitiger Abstimmung Verwaltung und Antragsteller erfolgen solle.

zu 3.2 Überarbeitung des B-Planes SAN 13 an der Wasserseite (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0724

Fraktion FDP/Familien-Partei

Sh. TOP 3.2.

zu 3.3 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0549

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
Rücküberweisung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) teilt mit, dass es noch nichts Neues gibt. Das angesprochene Gespräch zwischen Verwaltung und Eigentümer habe noch nicht statt gefunden.

Die Behandlung der Vorlage wird auf die Januar-Sitzung vertagt.

zu 3.4 Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße/Am Silbergraben" Beschluss zur Aufstellung

Vorlage: 09/SVV/1069

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) erinnert an die Berichterstattung der Verwaltung, dass das Bebauungsplanverfahren Nr. 51-1 „Am Silbergraben“ durch das Oberverwaltungsgericht für unwirksam erklärt worden ist. Auf Grundlage des B-Plans ist für einen Teil eine Grundstücksumlegung bereits erfolgt.

Das B-Plan-Verfahren Nr. 128 ist um all das entschlackt worden, was auf der Grundlage von § 34 BauGB od. § 35 BauGB zu klären ist.

Ziel ist es diejenigen, die durch die Unwirksamkeitserklärung in Schwierigkeiten geraten sind, so bald wie möglich mit einem neuen Planungsrecht zu versehen.

Herr Kümmel hinterfragt, was dies für die Anlieger Am Silbergraben zur Folge habe.

Herr Goetzmann teilt mit, dass westlich der Straße am Silbergraben zweireihige bzw. Bebauung in 3. Reihe (wenn die rückwärtige Kante gleich bleibt wie auf den Nachbargrundstücken) möglich ist und erläutert kurz die rechtlichen Grundlagen.

Ähnlich auch entlang der Kirchstraße. Ggf. ist ein Verfahren nach § 125 BauGB für den Ausbau der Kirchstr. erforderlich.

Zur Nachfrage von Herrn Menzel, was das Grundstück betrifft, was zur Nichtigkeit des B-Planes geführt hat, informiert Herr Goetzmann: Zum Nebeneinander von gewerblicher Nutzung und Wohnen gegenüber gibt es die ausgewogenste Lösung nach § 34 BauGB unter Beachtung des Gebots der gegenseitigen Rücksichtnahme.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss für Stadtplanung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Der Bebauungsplan Nr. 128 „Trebbiner Straße/Am Silbergraben“ ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (s. a. Anlage 1).
2. Das Bauleitplanverfahren ist mit der Priorität 1 Q entsprechend dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/0592) und folgender Aktualisierungen durchzuführen (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 4.1 2. Berichterstattung zum Prüfauftrag "Neue Wohn- und Gewerbegebiete" gemäß Beschluss 08/SVV/0134
FB Stadtplanung und Bauordnung

Der TOP wird vorgezogen.

Herr Wolfram (Stadtentwicklung) erinnert an die letzte Berichterstattung im März diesen Jahres. Es ist beabsichtigt im März 2010 zum Stadtentwicklungskonzept Wohnen zu berichten und dabei auch eine erste Einschätzung von Potenzialflächen vorzunehmen. Er macht jedoch aufmerksam, dass nicht für jedes Gebiet eine genaue Analyse gemacht werden kann, jedoch die Tendenzen dargestellt werden können. Im Rahmen der Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes Gewerbe wurden fiskalische Auswirkungen verschiedener Szenarien untersucht. Im Januar 2010 wird es einen Workshop geben, zu welchem auch die Stadtverordneten eingeladen werden. Nach Fertigstellung des STEK Gewerbe wird es auch im SB-Ausschuss vorgetragen werden.

Potsdam beteiligt sich Anfang 2010 an einem Forschungsprojekt des Deutschen Institutes für Urbanistik, in dem Folgekosten von Baugebieten (insbes. ÖPNV) untersucht werden.

zu 4.2 BE zum Prüfergebnis Änderung des B-Planes Nr. 64 "Garde-Ulanen-Kaserne" gem. Beschluss STVV 09/SVV/0291
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Auch dieser TOP wird vorgezogen.

Herr Lehmann (Stadterneuerung) nimmt Bezug auf den durch STVV-Beschluss gefassten Auftrag an die Verwaltung, die Änderung des B-Planes Nr. 64 hinsichtlich einer als WA ausgewiesenen Splitterfläche an der Einmündung des Ulanenweges in den Brentanoweg als öffentliche Grünfläche zu prüfen.

Er legt dar, dass es keine entwicklungsbedingten Gründe gebe, eine Grünfläche anzulegen, da kein Grünflächendefizit besteht. Eine Anlage wäre von daher nicht entwicklungsbedingt und könnte nicht aus dem Treuhandvermögen finanziert werden. Herr Lehmann macht vielmehr deutlich, dass es eine Chance für die Ansiedlung einer Gewerbeeinrichtung, insbesondere für Technologie und Innovationsberatung, gibt. Hierbei wird Wert auf eine eigenständig bebaubare Fläche gelegt. Die Fa. würde für das Grundstück 180 T€ zahlen, 1,6 Mio. € investieren und 11 Arbeitsplätze schaffen. Aus diesem Grunde plädiert die Verwaltung für die Beibehaltung der Festsetzung des Bebauungsplanes.

Herr Dr. Seidel widerspricht akzentuiert. Ausgangspunkt war nicht, dass es ein Defizit an Grünflächen gegeben hat, sondern in diesem Baufeld auf der Splitterfläche eine Bebauung für problematisch angesehen wurde. Er nimmt die Informationen zur Kenntnis, wenn auch mit unbefriedigendem Gefühl.

Der Ausschussvorsitzende erinnert, dass es sich um einen Prüfauftrag gehandelt und die Verwaltung sich im Ergebnis der Prüfung für die Beibehaltung des B-Planes ausgesprochen habe.

Herr Klipp ergänzt zur Verpreisung, dass nur bei dieser Verfahrensweise 180 T€ dem Treuhandvermögen zufließen.

Herr Dr. Seidel bittet, wenn das Bauantragsverfahren durch ist, dieses im SB-Ausschuss vorzustellen. Insbesondere interessiert ihn hier, welcher Baukörper hier entsteht.

Herr Klipp sagt dies zu und verweist auf die Möglichkeit, anhand der Liste der Bauanträge jederzeit eine Vorstellung des Vorhabens zu erwirken.

Herr Schütt erkundigt sich, ob es sich bei den 11 Arbeitsplätzen um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen handelt oder eine Verlagerung erfolgt.

Herr Klipp teilt mit, dass er im Moment keine Aussage dazu machen könne und unterbreitet den Vorschlag, die Stellungnahme der Wirtschaftsförderung dem Protokoll beizufügen. Er stellt jedoch dar, dass die Verwaltung bei ihrem Vorschlag auch bleiben werde, wenn es sich um eine Verlagerung von Arbeitsplätzen handeln sollte.

zu 3.5 Baustandards (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0680

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auch überwiesen Werksausschuss KIS

Der Antrag ist zum wiederholten Male auf der Tagesordnung des Ausschusses.

Herr Menzel bringt den Antrag nochmals ein.

Herr Hoffmann (Gründungsmitglied Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen) benennt kurz die Vorteile nachhaltigen Bauens.

Verschiedene Nachfragen der Ausschussmitglieder z.B. hinsichtlich der Unterschreitung der aktuellen Energieeinsparverordnung (ENEV) um 50 %, Ansetzen der Umweltkosten mit mind. 25 € pro Tonne etc. können im Laufe der Diskussion weder durch den Antragsteller Herrn Menzel sowie Herrn Hoffmann zufriedenstellend beantwortet werden. Seitens der Ausschussmitglieder sei erwartet worden, dass die antragstellende Fraktion eine Überarbeitung des Antrages vornimmt bzw. einen in allen offenen Fragen auskunftsfähigen Sachverständigen in die Ausschusssitzung einlädt.

Herr Jäkel teilt mit, dass in der Beratung des Werksausschuss KIS zum Ausdruck gebracht worden ist, dass es zu einer unweigerlichen Erhöhung der Investitionskosten führen würde und deshalb die Form des Antrages als unverhältnismäßig mit 1/6/1 abgelehnt worden sei.

Herr Dr. Seidel empfiehlt dem Antragsteller, die Punkte 1 und 4 ersatzlos zu streichen. Die Punkte 2 und 3 wären aus KOUL-Sicht eine vernünftige Orientierung.

Herr Pfrogner spricht sich für eine Überarbeitung des Antrages hinsichtlich Konkretisierung der Punkte 2 und 3 aus. Diese sollten als politisches Signal formuliert werden.

Herr Klipp äußert sein Bedauern über das breite Ablehnungsbild. Hier handelt es sich um Bauen der öffentlichen Hand. Bzgl. der Klimaschutzfragen sehe er eine besondere Verantwortung und Vorbildfunktion. Bei den Kosten sei der gesamte Lebenszyklus der Immobilie zu betrachten. Er spricht sich gegen eine pauschale Beurteilung/Ablehnung aus und befürwortet die Durchführung einer Abwägung.

Herr Maschmeier (KIS) äußert u.a., dass man im Interesse der Stadt grundsätzlich versucht, die Betriebskosten niedrig zu halten. Das bedeutet, dass der KIS nicht grundsätzlich dagegen spricht, sondern sich die Frage stellt, woher die Finanzierung für den erhöhten Standard erfolgen solle. Er halte die Probe am Einzelprojekt für sinnvoll, wenn finanzielle Mittel dafür zur Verfügung gestellt werden.

Nach weiteren Äußerungen einzelner Teilnehmer zieht Herr Menzel als Antragsteller die Punkte 1 und 4 zurück und bittet um Zustimmung zu den Punkten 2 und 3.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- ~~1. Bei zukünftigen Neubauten der Landeshauptstadt Potsdam soll i.d.R. der Plus-Energie-Haus-Standard angestrebt werden. Bei Sanierungsbauvorhaben ist ein Niedrigenergiehausstandard anzustreben. Dabei sind die Anforderungen der jeweils aktuellen Energieeinsparverordnung (ENEV) um 50% zu unterschreiten. Bei Abweichung von dieser Regel sind die Gründe und deren Abwägung der Stadtverordnetenversammlung zur Zustimmung vorzulegen. Grundsätzlich sind bei jedem Vorhaben die wirtschaftlichen und energetischen Bilanzierungen im Hinblick auf die Investitionskosten, den zu erwartenden Betriebskosten und Energieeinsparungen den Ausschüssen KOUL und SB vor der Ausschreibung darzulegen.~~ 2. Es ist eine freiwillige Selbstverpflichtung anzustreben, bei Bauvorhaben den Goldstandard des Deutschen Gütesiegels für Nachhaltigen Bauen zu implantieren.

3. 2. Die Leitlinien des Bundes zum Nachhaltigen Bauen sind in wesentlichen

Teilen , insbesondere die Belange des Klimaschutzes, in den Entwurf der Leitlinien der Landeshauptstadt Potsdam zum wirtschaftlichen Bauen zu integrieren. Bei den Umweltkosten ist die CO²-Emission mit mindestens 25 € pro Tonne anzusetzen.

~~4. Auftragsvergaben werden zukünftig nicht von vorneherein an den Bestbieter, sondern unter stärkerer Gewichtung der nachhaltigen Nutzung bei Vergabeentscheidungen berücksichtigt.~~

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1

Damit wird empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 4.3 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg
hier: Bericht über die Entwicklung der Potenziale
gemäß Beschluss: 09/SVV/0992**

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Stadterneuerung) verweist auf die ausgereichte Tischvorlage. Darin sind die Änderungen gegenüber der letzten Berichterstattung dargestellt. Herr Lehmann geht kurz erläuternd darauf ein.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) stellt kurz die Gesamtbilanz der Stadt Potsdam dar und hält als Fazit aus dem Blick der Verwaltung fest, dass es aktuelle Veranlassung gibt, die Potentialentwicklung in der Innenstadt und Babelsberg weiter voranzutreiben. Keine Veranlassung hingegen wird bei den Bahnhofspassagen und dem Stern-Center gesehen.

Auf den Hinweis von Herrn Jäkel, dass die Bahnhofspassagen als Teil der Innenstadt zu sehen sind und zum Umgang mit dem dortigen Leerstand, informiert Herr Goetzmann, dass das Einzelhandelskonzept partiell beinhaltet, was zur Innenstadt zählt. Die Bahnhofspassagen nicht. Herr Goetzmann verweist hier auf die Orientierung des Beschlusses der STVV zum Einzelhandelskonzept, welches eine Marschroute vorgibt, was zuerst zu tun ist und was als Zweites.

Herr Cornelius macht aufmerksam, dass es zwischenzeitlich eine Veränderung in den Bahnhofspassagen gegeben habe. Einrichtung eines größeren Spielwarengeschäftes. Proteste aus der Innenstadt habe es nicht gegeben. Er betont dass das Einzelhandelskonzept eine positive Entwicklung der Bahnhofspassagen nicht behindere.

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung zur Kenntnis.

**zu 4.4 BE zum behindertengerechten Ausbau der Jägerstraße (gem. Beschluss
09/SVV/0587)**

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Graumann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) teilt mit, dass heute erst ein Zwischenbericht gegeben werden könne. Es geht um den 3. BA Jägerstr.

(Beschluss zur Erneuerung der Gehwege). Sinnvoll sei es jedoch, nicht nur den Gehweg zu betrachten, sondern den gesamten Straßenraum. Gemeinsam mit dem Sanierungsträger sei mit der Planung begonnen und ein erstes Konzept diskutiert worden. Dies geht davon aus, dass der vorhandene Bestand im Wesentlichen beizubehalten bzw. zu sanieren ist. Die vorhandene Pflasterung der Fahrbahn sei beizubehalten. Dort wo Behindertenstellplätze vorgesehen sind, könnte von der Pflasterung abgesehen und ein geeignetes Material vorgesehen werden. Zum Gehweg selbst wird ein Verzicht auf Gehwegplatten und der Verbleib des Bestandes Mosaikpflaster empfohlen. Die Gesamtkosten belaufen sich grob auf etwas 250 T€; Mittel für 2010 sind veranschlagt und können über Fördermittel beantragt werden.

Herr Graumann informiert, dass die konkrete Planung erst vorgestellt werden kann, wenn Abstimmungen im eigenen Haus sowie mit dem Behindertenbeirat erfolgt sind.

Frau Waskowski (Behindertenverband) nimmt das Rederecht wahr und erkundigt sich angesichts der noch erforderlichen Abstimmungen, ob es bei der Zeitplanung – Baubeginn vor April – bleiben wird.

Herr Graumann greift nochmals den STVV-Beschluss vom 7.10.2009 auf. Im Unterschied zum Beschluss wird von der Verwendung von Gehwegplatten abgesehen und statt dessen die Verlegung von Mosaikpflaster favorisiert. Hier verweist er u.a. auf ältere Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, z.B. dem, grundsätzlich das vorhandene Potsdamer Straßenpflaster zu erhalten. Die Verlegung könne so erfolgen, dass eine sichere Nutzung für mobilitätseingeschränkte Personen möglich ist. Dazu werde es die Abstimmung mit dem Behindertenbeirat geben.

Bzgl. der zeitlichen Orientierung stellt Herr Graumann dar, dass die vorzunehmende Maßnahme im Zusammenhang mit der Maßnahme der EWP zur Leitungsverlegung stehe. Er gehe davon aus, den Zeitpunkt – Baubeginn April 2010 – halten zu können.

Herr Cornelius bittet im Protokoll festzuhalten, dass es bei den Baubeginn April 2010 bleiben müsse.

Herr Cornelius geht kritisierend auf die Dauerbaustelle Jägerstr. 21 ein und erkundigt sich danach.

Herr Goetzmann (Stadtplanung und Bauordnung) teilt mit, dass es hier eine rechtsgültige Baugenehmigung zur Sicherung des Gebäudes gebe. In Brandenburg gelte diese für einen Zeitraum von 6 Jahren und geht kurz auf die Rahmenbedingungen ein. Es werden durchaus Anknüpfungspunkte für ordnungsbehördliches Verfahren gesehen; man sei dort tätig. Jedoch können keine konkreten Aussagen zur Beseitigung getroffen werden. Hier verweist Herr Goetzmann darauf, dass die rechtsstaatlichen Gegebenheiten zu beachten sind.

Auf Nachfrage von Herrn Kümmel und Herrn Cornelius erläutert Herr Graumann nochmals, dass denkmalrechtlich der grundsätzliche Schutz des Bestandes (hier Pflaster) zu beachten sei. Wenn die Mosaikpflastersteine gut verlegt werden, sind sie auch durch Behinderte gut nutzbar (behindertengerechte Ausführung).

Herr Jäkel bittet protokollarisch festzuhalten, dass er sich für die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung ausspricht. Den Erhalt des Mosaikpflasters ohne Beeinträchtigung der Nutzung durch Behinderte findet er gut.

Auch Herr Klipp äußert sich glücklich, hier beides miteinander verbinden zu können.

Der Ausschussvorsitzende bittet den TOP erneut aufzurufen, wenn die Abstimmung mit dem Behindertenbeirat/-beauftragten erfolgt ist.

zu 4.5 BE zur Umsetzung des Beschlusses Schulwegsicherung am Horstweg (gem. Beschluss 09/SVV/0924)

FB Grün- und Verkehrsflächen

Frau Woiwode (AG Straßenplanung und Entwurf) informiert, dass die Maßnahmenliste aus dem Radverkehrskonzept durchgesehen worden ist. Hier gehe es um die Maßnahmen lfd. Nr. 206 bis 213, mit ca. 80.000 T€ brutto. Die Maßnahmen betreffen im Wesentlichen Belagsverbesserung, verkehrsorganisatorische Maßnahmen sowie Verkehrsbeschilderung.

Bereits umgesetzt sind Belagsverbesserung und verkehrsorganisatorische Neuordnung zwischen Dieselstraße und Auffahrt Nuthestraße (stadteinwärts) - Maßnahme Nr. 206 und 213.

Die restlichen Belagsverbesserungen befinden sich derzeit in Umsetzung, die "Verkehrsrechtliche Anordnung" zur Veränderung der Beschilderung liegt vor, die Realisierung wird bis Ende Januar 2010 erfolgen.

Der Auftrag kann damit als erledigt ansehen werden.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keine Rückfragen.

zu 4.7 Vorstellung der Abstimmungsergebnisse zum Funktionsgebäude Weiße Flotte gem. Beschluss STVV 09/SVV/0744 (vertagt am 24.11.09)

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Frau Jantzen (Stadterneuerung) informiert u.a., dass es aktuell noch kein Ergebnis gebe. Es sind kontinuierlich Gespräche mit Vertretern der Weißen Flotte, dem Sanierungsträger Potsdam und den Planern geführt worden. Vergangene Woche habe es am Tisch des Beigeordneten, Herrn Klipp, ein Gespräch mit Vertretern der Weißen Flotte, dem ST und dem FB Stadterneuerung und Denkmalpflege gegeben. Hierbei wurden u.a. Überlegungen einbezogen, was geschieht, wenn das Hotel Mercure weg fällt. Man sei so verblieben, dass man sich Anfang des nächsten Jahres erneut treffen wolle, um Lösungsvarianten zu besprechen.

Frau Jantzen sichert für die Verwaltung zu, dem Ausschuss das Ergebnis vorzustellen, sobald es vorliegt.

Herr Jäkel bittet auch die Belange der Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen. Der städtebauliche Aspekt sei zu berücksichtigen und ebenso die Frage der Wirtschaftsförderung nicht außer acht zu lassen.

Eine erneute Berichterstattung wird voraussichtlich im Januar/Februar 2010 erfolgen. .

zu 4.8 Verkehrsverhältnisse Brauhausberg und Leipziger Straße - 3. Berichterstattung gemäß Beschluss STVV 09/SVV/0921 (vertagt am 24.11.09)

FB Stadtplanung und Bauordnung

Anlass für den TOP auf der heutigen Sitzung ist der Auftrag der STVV an die

Verwaltung vierteljährlich die Fachausschüsse zu informieren. Herr Klipp teilt mit, dass aktuell über keinen neuen Sachstand informiert werden kann. Er regt an, künftig nicht an der Behandlung im festen Zyklus festzuhalten, sondern dann zu berichten, wenn es etwas Berichtenswertes gibt. Hier handelt es sich um eine komplexe Sache; eine endgültige Information ist derzeit nicht möglich.

Der Ausschussvorsitzende kann sich dem Hinweis anschließen nicht an den festen Berichtszyklen festzuhalten, sondern dann zu berichten, wenn es etwas zu berichten ist. Er wird sich diesbezüglich mit der Verwaltung verständigen.

zu 4.9 BE Radwegführung am Neuen Garten (vor dem Mittelabschnitt des "Treffpunkt Freizeit") (vertagt vom 24.11.09)

FB Stadtplanung und Bauordnung

Frau Woiwode (AG Straßenplanung und Entwurf) geht auf die Ausgangssituation ein und erläutert an Folien die untersuchten alternativen Trassen und geht auf die resultierenden Vor- und Nachteile ein. Die Folien werden auf Bitte der Ausschussmitglieder dem Protokoll beigelegt (elektronische Übermittlung).

Herr Jäkel dankt für die Informationen und geht auf einige Punkte kurz ein.

Frau Woiwode beantwortet einzelne Nachfragen und geht auf die Kostenfrage ein.

Der Ausschussvorsitzende hält zusammenfassend fest, dass der Ist-Zustand (mit Verbesserungen im Rahmen der Lichtsignalanlagen) als geeignete Lösung angesehen wird.

Herr Klipp teilt mit, dass die Instandsetzung/Ertüchtigung des Gehweges im nächsten Jahr im Rahmen LSA-Erneuerung erfolgen wird.

Der SB-Ausschuss nimmt die Informationen zur Kenntnis.

zu 4.10 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 29.10.09 bis 11.11.09 sowie vom 12.11.09 bis 02.12.2009

FB Stadtplanung und Bauordnung

Zur Aufstellung v. 29.10. - 11.11. 2009 gibt es keine Bitte um Information.

Zur Aufstellung vom 12.11 - 2.12. 2009 wird zu folgenden Vorhaben in der nächsten Sitzung um Information gebeten.

2009-02932 - 36 Brandenburger Str. 48
2009-02951 - 36 Brandenburger Str. 17
2009-02974 - 03 Stubenrauchstr. 8
2009-02981 - 20 Nansenstr. 2
2009-03013 - 36 Gr.-Mendel-Str. 29, Weinbergstr. 14

Frau Hüneke hat per e-mail gegenüber der Ausschussbetreuerin zu folgenden weiteren Vorhaben Interesse bekundet:

2009 - 02986-36 Errichtung von 18 EFH
2009 - 03048-03 Neue Str. 8

zu 5 Sonstiges

Herr Putz (Behindertenverband) bittet um Auskunft, ob im nächsten Jahr der behindertengerechte Ausbau der Haltestelle in der Fr.-Ebert-Str. vor dem Stadthaus erfolgen wird.

Herr Klipp informiert, dass dies aufgrund des dringenden Bedarfes in der Planung enthalten sei.

Herr Klipp kündigt an, dass die Abarbeitung der Bescheide § 7 h und 7 i EstG noch weiter die Nutzung des Raumes 405 im Haus 1 in Anspruch nehmen wird, so dass der SB-Ausschuss auch im kommenden Jahr erst einmal im Stadthaus R. 280a tagen wird.

Ferner berichtet Herr Klipp dass es heute am Tisch des Oberbürgermeisters mit Vertretern von ICOMOS und den Ministerien eine Verständigung zur Thematik Pufferzone gegeben habe. Hier sei Einvernehmen erzielt worden. Auf Nachfrage von Frau Hüneke nach der Übermittlung des Ergebnisses bittet Herr Klipp nicht zu viel Erwartungshaltung aufzubringen. Die Verwaltung schafft keine neuen materiell-rechtlichen Rahmenbedingungen. Die Vereinbarung betrifft den Umgebungsschutz.

Ebenfalls informiert Herr Klipp, dass es zum Standort Schopenhauerstr. Gespräche mit der TLG gegeben habe und auch hier eine Lösung in Sicht sei.

Frau Hüneke erkundigt sich, wie mit den Anwohnern Mangerstr. weiter verfahren werden soll. Herr Klipp informiert, dass es verschiedene Handlungsvarianten gebe; diese sind wertneutral darzustellen. Eine Anwohnerinformation sei an alle Eigentümer Mangerstr. verschickt worden, um das Meinungsbild einzuholen und auf diesem Wege das Votum der Eigentümer Mangerstr. berücksichtigen zu können. Die Veranstaltung dazu findet am 14.1.2010 statt.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung und wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.

Neu **Bildung einer Arbeitsgruppe - Erhalt Natursteinpflasterflächen**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Hüneke unterbreitet folgenden Vorschlag:

Der SB-Ausschuss gründet eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Planungen zum Erhalt der Natursteinpflasterflächen in Potsdam beschäftigen soll. Spezielle Themen können die Jahresplanung, Einzelplanungen der Stadtverwaltung, Fragen der Barrierefreiheit sowie Finanzierungsmodelle sein. Die Gruppe soll für jedes interessierte Mitglied des SB-Ausschusses offen sein, sie soll maximal zunächst 1 Mal im Monat tagen. Ihre Arbeit soll den Ausschuss von Spezialerörterungen entlasten, aber die Berichtspflicht im Ausschuss nicht ersetzen.

Herr Klipp äußert, dass er persönlich dafür nicht zur Verfügung stehen werde. Die Wichtigkeit dieses Themas rechtfertige keine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe. Frau Hüneke legt dar, dass es notwendig sei, sich im Detail zu verständigen; die

Bildung der Arbeitsgruppe sollte als Angebot zur Entlastung des Ausschusses gelten.

Herr Pfrogner unterstützt den Vorschlag für den Fall, wenn es zur Reduzierung der Diskussion im SB-Ausschuss führen würde. Jedoch sollte das Interesse zur Teilnahme abgeklärt werden.

Herr Klipp macht deutlich, dass die Behandlung der Themen und die Meinungsbildung nach wie vor im Ausschuss erfolgen müsse.

Herr Teuteberg regt an, den Vorschlag über den Jahreswechsel zu überdenken, ob Interesse zur Mitwirkung in der Arbeitsgruppe besteht und es zur Entlastung des Ausschusses beiträgt.

Frau Hüneke betont nochmals, dass der Vorschlag sich darauf bezieht, dass Gespräch auf Arbeitsebene zu führen.

Herr Klipp erklärt, dass die Mitarbeiter seines Geschäftsbereiches bereits jetzt involviert sind, was über ein normales Verwaltungshandeln hinaus geht. Wenn gesonderter Gesprächsbedarf besteht, z.B. Expertengespräch od. Gespräche auf anderer Rückkoppelungsebene (Vorbereitung bzw. Nachbereitung), dann werden dafür Wege gefunden.

Herr Klipp spricht sich nochmals gegen eine formal monatlich tagende Arbeitsgruppe aus. In diesem Zusammenhang berichtet Herr Klipp, dass zum Umgang mit Pflasterstraßen ein Leitfaden erarbeitet wird und bietet Frau Hüneke an, sie bei der Erarbeitung zu beteiligen. Damit gäbe es eine einmalige Verständigung auf eine grundsätzliche Verfahrensweise. Sollte es darüber hinaus notwendig werden (wie z.B. bei der Mangerstr.) wird man Lösungen finden.

Der Ausschussvorsitzende beendet die Sitzung und wünscht allen ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in das neue Jahr.